

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Matthias Lammert (CDU)

Bericht Integriertes Rückkehrmanagement

Deutsche Behörden beklagen nach SPIEGEL-Informationen massive Probleme bei der Abschiebung abgelehnter Asylbewerber. Das geht aus einem bisher unter Verschluss gehaltenen Bericht für die Innenminister von Bund und Ländern hervor. Die angeführten Zitate stammen aus einer Anlage zum Bericht der Bund-Länder-Koordinierungsstelle „Integriertes Rückkehrmanagement“ (BLK-IRM) zur Frühjahrssitzung 2016 der Konferenz der Innenminister und -senatoren von Bund und Ländern (IMK). Demnach scheiterten Abschiebungen häufig an fehlenden Papieren. Die Experten glauben, dass in vielen Fällen „Dokumentenlosigkeit gezielt als Strategie eingesetzt“ werde, um „im Falle einer Ausreisepflicht deren Durchsetzung zu erschweren oder unmöglich zu machen“. In dem Bericht an die Innenminister wird deshalb vorgeschlagen, einen eigenen Strafparagrafen für „Identitätsverschleierung“ einzuführen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Werden die Mitglieder des rheinland-pfälzischen Innenausschusses den bisher unter Verschluss gehaltenen Bericht der Bund-Länder-Koordinierungsstelle „Integriertes Rückkehrmanagement“ erhalten? Wenn nein, warum nicht?
2. Ist der Landesregierung bekannt, dass Dokumentenlosigkeit gezielt als Strategie eingesetzt wird, um im Falle einer Ausreisepflicht deren Durchsetzung zu erschweren oder unmöglich zu machen?
3. Wie viele Abschiebungen scheiterten in Rheinland-Pfalz aufgrund von fehlenden Dokumenten und was wird unternommen, um diesen Missstand zu beheben?
4. Wie viele Ermittlungsverfahren wurden gegen Migranten, die ihre Identität verschleierten, in den Jahren 2014, 2015 und 2016 eingeleitet und in wie vielen Fällen kam es zu einer Verurteilung oder einer Einstellung des Verfahrens?
5. Wie bewertet die Landesregierung den Vorschlag, einen eigenen Strafparagrafen für „Identitätsverschleierung“ einzuführen?
6. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse vor, wie viele Asylbewerber oder Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz geduldet werden, weil keine Ausweispapiere vorliegen bzw. die Identität nicht festgestellt werden kann? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht?
7. Findet eine Zusammenarbeit mit der Bundespolizei bei der Passersatzbeschaffung statt? Wenn nein, warum nicht?

Matthias Lammert